

| 1E Machbarkeitsstudien für erneuerbare Energien | |
|--|--|
| Maßnahmenbereich | 1) Potenzialerschließung & Ausbau erneuerbarer Energien |
| Beschreibung | Die Erstellung von Machbarkeitsstudien für erneuerbare Energien umfasst eine detaillierte Analyse und Bewertung der technischen und organisatorischen Möglichkeiten zur Nutzung erneuerbarer Energiequellen als vorbereitende "Errichtungsentscheidung". Dies beinhaltet die Bestandsaufnahme der Ausgangssituation, die Bedarfserklärung sowie die Definition und Beschreibung der Planungsrandbedingungen. In der Vorplanungsphase werden verschiedene Lösungsansätze entwickelt und anhand von Kriterien wie THG-Minderungswirkung, Wirtschaftlichkeit und Genehmigungsfähigkeit bewertet. Eine Vorzugsvariante wird erarbeitet, die die maximalen THG-Minderungspotenziale ausschöpft und verfügbare Fördermittel einbezieht. Die Entwurfsplanung umfasst die technische Auslegung der bevorzugten Variante, einschließlich der Dimensionierung von Technologien und Komponenten sowie der Erstellung einer detaillierten Kostenrechnung. Abschließend werden Genehmigungsanträge gestellt und Abstimmungsprozesse mit Behörden organisiert und dokumentiert. Zu den Technologien mit Bedarf für weitere Untersuchungen zählen beispielsweise Sondenfelder für oberflächennahe Geothermie, Fluss- und Seethermie, Tiefengeothermie und Großwärmespeicher. Potenzielle Standorte wurden in der Wärmeplanung ermittelt. Als geeignete Potenzialflächen wird auf die Potenzialkarte der Wärmeplanung verwiesen. |
| Ziel | Ermittlung der technischen und wirtschaftlichen Machbarkeit von Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien, um deren Potenzial für die lokale Wärmeversorgung zu bestimmen und die Grundlage für Investitionsentscheidungen zu schaffen. |
| Beitrag zur Erreichung des Zielszenarios | Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien im Energiemix, langfristige Reduzierung von Treibhausgasemissionen |
| Erforderliche Umsetzungsschritte und Meilensteine | 1. Identifikation geeigneter Standorte und Technologien auf Basis der Potenzialanalyse der Wärmeplanung 2. Klärung der möglichen Betreibermodelle 3. Beantragung von Fördermitteln 4. Beauftragung und Durchführung der Machbarkeitsstudien durch die Verwaltung oder Betreiber 5. Bewertung der Ergebnisse und Ableitung von Handlungsempfehlungen 6. Integration der Ergebnisse in die Wärmeplanung |
| Zeitraum | 6 Monate - 5 Jahre, abhängig von Komplexität und Umfang der Studien |
| Zeitliche Einordnung | kurzfristig |
| Kosten | Beauftragung externer Experten zur Durchführung der Studien, interne Koordination und Verwaltung |
| Rolle der Kommune | Motivieren |
| Einfluss der Kommune | mittel-hoch |
| Verantwortliche Akteure | Kommunalverwaltung (als Initiator); Antragsstellung Fördermittel, z.B. durch: Unternehmen (z.B. Netzbetreiber), Kommunen, kommunale Eigenbetriebe und kommunale Unternehmen, kommunale Zweckverbände, eingetragene Vereine und eingetragene Genossenschaften externe Berater oder Ingenieurbüros, die die Studien durchführen |
| Betroffene Akteure | Netzbetreiber, potenzielle Investoren, lokale Gemeinschaften, die von den geplanten Anlagen profitieren könnten |
| Finanzierungs-mechanismen | kommunale Mittel, Mittel der Netzbetreiber bzw. Projektentwickler, Förderprogramme von Bund und Ländern (u.a. BEW Modul 1, Frl Energie- und Klima), EU-Fördermittel |
| Flankierende Aktivitäten | Öffentlichkeitsarbeit zur Sensibilisierung der Bevölkerung, Einbindung von Stakeholdern in den Planungsprozess, Nutzung der Studienergebnisse zur Anpassung der kommunalen Wärmeplanung |

| 2E Flächensicherung für erneuerbare Energien (freiwillig) | |
|--|--|
| Maßnahmenbereich | 1) Potenzialerschließung & Ausbau erneuerbarer Energien |
| Beschreibung | <p>Die Sicherung geeigneter Flächen für den Ausbau erneuerbarer Energien ist ein wichtiger Baustein auf dem Weg zu einer nachhaltigen Energieversorgung. Dabei setzt die Kommune auf freiwillige Zusammenarbeit mit Bürgerinnen und Bürgern, Eigentümerinnen und Eigentümern sowie möglichen Pächterinnen und Pächtern. Ziel ist es, gemeinsam geeignete Flächen zu identifizieren und langfristig für die Nutzung erneuerbarer Energien zugänglich zu machen – zum Beispiel durch Gespräche über die Verpachtung kommunaler Grundstücke oder durch Anreize für private Eigentümer. Auch die Integration entsprechender Flächen in die kommunale Planung, etwa im Flächennutzungsplan, kann Teil des Weges sein.</p> <p>Um das Interesse zu stärken, werden verschiedene Maßnahmen geprüft und angeboten, darunter die Einrichtung von Austauschplattformen zur Vernetzung von Flächeneigentümern und Projektinteressenten, die Unterstützung von Bürgerbeteiligungsmodellen oder auch Initiativen wie Mieterstromprojekte. Die Kommune versteht sich dabei als unterstützende Partnerin, die mit Informationsangeboten, persönlichen Gesprächen und gezielten Impulsen Überzeugungsarbeit leisten möchte. Ziel ist es, nicht nur die Investitionsbereitschaft zu fördern, sondern auch das Verständnis und die Akzeptanz für erneuerbare Energien zu stärken – und so gemeinsam einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten.</p> |
| Ziel | Verstärkter Ausbau von Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien |
| Beitrag zur Erreichung des Zielszenarios | Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien in der Wärmeversorgung, Reduktion der Treibhausgasemissionen. |
| Erforderliche Umsetzungsschritte und Meilensteine | <ol style="list-style-type: none"> 1. Identifikation geeigneter, zunächst kommunaler Flächen 2. Integration in relevante Fachplanungen: Anpassung der entsprechenden Pläne, um die identifizierten Wärmeversorgungsgebiete und -strategien zu berücksichtigen inkl. Abstimmung mit den Akteuren 3. Integration in die Regionalplanung: Berücksichtigung der Wärmeplanungsergebnisse bei der Fortschreibung und Aktualisierung der Regionalplanung 4. Veröffentlichung und Kommunikation: Sicherstellung, dass die aktualisierten Pläne öffentlich zugänglich sind und die Änderungen kommuniziert werden |
| Zeitraum | laufend |
| Zeitliche Einordnung | kurzfristig bis langfristig |
| Kosten | variieren, je nach Flächenausdehnung und Bewertung |
| Rolle der Kommune | Regulieren |
| Einfluss der Kommune | mittel-hoch |
| Verantwortliche Akteure | Kommunalverwaltung |
| Betroffene Akteure | Grundstückseigentümer, Projektentwickler, Netzbetreiber |
| Finanzierungs-mechanismen | komunale Haushaltsmittel, Förderprogramme von Bund und Ländern |
| Flankierende Aktivitäten | Informationskampagnen für Bürger, Workshops mit Stakeholdern |

| 3E Schaffung von Anreizen für den Ausbau erneuerbarer Energien | |
|---|---|
| Maßnahmenbereich | 1) Potenzialerschließung & Ausbau erneuerbarer Energien |
| Beschreibung | Die Schaffung von Anreizen für den Ausbau erneuerbarer Energien kann durch eine Vielzahl von Aktivitäten erreicht werden, die darauf abzielen, sowohl private als auch andere öffentliche Akteure zu mobilisieren. Weitere Maßnahmen umfassen die Verpachtung von kommunalen Grundstücken für die Installation von Solaranlagen, die Organisation von Marktplätzen zur Vernetzung von Flächeneigentümern und Interessenten sowie die Förderung von Bürgerbeteiligungsmodellen und Mieterstromprojekten. Diese Maßnahmen sollen nicht nur die Investitionsbereitschaft erhöhen, sondern auch die Akzeptanz und das Bewusstsein für die Vorteile erneuerbarer Energien stärken, um so einen wesentlichen Beitrag zur Erreichung der Klimaziele zu leisten |
| Ziel | Erschließung von Potenzialen erneuerbarer Wärmequellen kommunizieren und sichtbar machen, um die Erschließung durch Dritte zu mobilisieren. |
| Beitrag zur Erreichung des Zielszenarios | Fördert Nutzung von erneuerbaren Energiequellen und stärkt Versorgungsstrukturen in Quartieren. |
| Erforderliche Umsetzungsschritte und Meilensteine | <ol style="list-style-type: none"> 1. Potenzialerschließung und Ausbau erneuerbarer Energien: Maßnahmen zur Flächensicherung und -bereitstellung sowie Verpachtung von Grundstücken für den Ausbau erneuerbarer Energien 2. Genehmigungsunterstützung: Maßnahmen zur Unterstützung und Beschleunigung der Genehmigung von Anlagen zur erneuerbaren Energieerzeugung 3. Machbarkeitsstudien: Beauftragung von Studien zur Nutzung erneuerbarer Energien oder unvermeidbarer Abwärme in Kooperation mit zentralen Akteuren für Wärmenetze im (Teil-)Eigentum der Kommune. 4. Anreizentwicklung: Entwicklung von Anreizen zur Mobilisierung von Dach- und Freiflächen für erneuerbare Energien und zum Aufbau von Versorgungsstrukturen in Quartieren, einschließlich Bürgerbeteiligung, Flächenbevorratung und -verpachtung, usw. 5. Kommunikation und Sichtbarmachung: Maßnahmen, um die Erschließung durch Dritte zu mobilisieren. |
| Zeitraum | laufend |
| Zeitliche Einordnung | kurzfristig-mittelfristig |
| Kosten | abhängig von Art und dem Umfang der Anreize bzw. Beteiligung der Kommune |
| Rolle der Kommune | Motivieren |
| Einfluss der Kommune | mittel |
| Verantwortliche Akteure | Kommunalverwaltung, Energieberater, Planer, lokale Fachexperten |
| Betroffene Akteure | Grundstückseigentümer (land- und forstwirtschaftliche Akteure), Interessenten, Netzbetreiber, Projektentwickler |
| Finanzierungsmechanismen | kommunale Haushaltsmittel, Förderprogramme von Bund und Ländern |
| Flankierende Aktivitäten | Bürgerbeteiligung, Flächenbevorratung und -verpachtung durch die Kommune, Organisation von Marktplätzen und Vernetzung von Flächeneigentümerinnen und -eigentümern (unter anderem land- und forstwirtschaftliche Akteure) und Interessenten |

| 4W | Machbarkeitsstudien für Wärmenetze |
|---|---|
| Maßnahmenbereich | 2) Wärmenetze |
| Beschreibung | Machbarkeitsstudien für Wärmenetze sind essenzielle Untersuchungen zur Realisierbarkeit von Projekten, die sowohl technische als auch wirtschaftliche Aspekte berücksichtigen. Diese Studien umfassen die Bestandsaufnahme der Ausgangssituation, die Bedarfsklärung und die Definition der Planungsrandbedingungen. Sie beinhalten eine Potenzialanalyse, die technische und organisatorische THG-Minderungspotenziale unter Berücksichtigung hoher Klimaschutzstandards bewertet. Verschiedene Lösungsansätze werden im Rahmen einer Variantenbewertung anhand von Kriterien wie THG-Minderungswirkung, Wirtschaftlichkeit und Genehmigungsfähigkeit erarbeitet. Eine Vorzugsvariante wird entwickelt und detailliert geplant, einschließlich der Auslegung von Technologien und Komponenten sowie einer detaillierten Kostenrechnung. Diese Studien sind oft durch nationale Förderprogramme wie die BEW-Förderung unterstützt und stellen einen wichtigen Schritt zur Dekarbonisierung und zum Ausbau von Wärmenetzen dar. Die Erstellung von Machbarkeitsstudien sollte sich zunächst auf die Fokusgebiete konzentrieren, aber auch darüber hinaus das Mittel der Wahl für die nächste Planungsphase werden. |
| Ziel | Bewertung technischer und wirtschaftlicher Durchführbarkeit eines Projekts zur Errichtung oder Erweiterung eines Wärmenetzes. |
| Beitrag zur Erreichung des Zielszenarios | Bereitstellung fundierter Informationen und Analysen, die es Entscheidungsträgern ermöglichen, die bestmöglichen Entscheidungen zu treffen. Durch die Bewertung der technischen und wirtschaftlichen Machbarkeit, der Umweltauswirkungen und der rechtlichen Rahmenbedingungen können Risiken minimiert und Chancen maximiert werden. Dies unterstützt die erfolgreiche Umsetzung des Projekts und trägt zur Erreichung der übergeordneten Ziele, wie der Verbesserung der Energieeffizienz und der Reduzierung von CO2-Emissionen, bei. |
| Erforderliche Umsetzungsschritte und Meilensteine | <ol style="list-style-type: none"> 1. Identifikation geeigneter Netzgebiete und Erzeugertechnologien auf Basis der Potenzialanalyse der Wärmeplanung 2. Klärung der möglichen Betreibermodelle 3. Beauftragung und Durchführung der Machbarkeitsstudien durch die Verwaltung oder Betreiber 4. Bewertung der Ergebnisse und Ableitung von Handlungsempfehlungen 5. Integration der Ergebnisse in die Wärmeplanung |
| Zeitraum | 1 bis 5 Jahre |
| Zeitliche Einordnung | kurz- bis mittelfristig |
| Kosten | Variabel je nach Ausdehnung des Netzgebietes |
| Rolle der Kommune | Motivieren |
| Einfluss der Kommune | mittel |
| Verantwortliche Akteure | Kommunalverwaltung (als Initiator); Antragsstellung Fördermittel, z.B. durch: Unternehmen (z.B. Netzbetreiber), Kommunen, kommunale Eigenbetriebe und kommunale Unternehmen, kommunale Zweckverbände, eingetragene Vereine und eingetragene Genossenschaften externe Berater oder Ingenieurbüros, die die Studien durchführen |
| Betroffene Akteure | Eigentümer, Netzbetreiber, Projektentwickler, Wohnungswirtschaft, Industrie und Gewerbe |
| Finanzierungs-mechanismen | kommunale Haushaltsmittel, Unterstützung durch Förderprogramme (BEW Modul 1 oder FrL Energie- und Klima) |
| Flankierende Aktivitäten | Die Erstellung der Machbarkeitsstudien für die Wärmenetze sollte mit den Studien zur Nutzung erneuerbarer Energien synchronisiert werden. |

| 5W | Planerische Integration des Wärmenetzausbau in kommunale Tiefbauvorhaben |
|---|---|
| Maßnahmenbereich | 2) Wärmenetze |
| Beschreibung | Die Bereitstellung gemeindeeigener Wegeflächen ist für die Verlegung von Infrastrukturen, insbesondere Wärmenetze, notwendig. Diese Maßnahme umfasst die frühzeitige Identifikation von notwendigen kommunalen Flächen in Abstimmung mit dem Wärmenetzbetreiber, wie Straßen und Gehwege, für die Installation und den Ausbau von Wärmenetzen. Die Berücksichtigung des künftigen Wärmenetzausbau bei der Planung städtischer Bauvorhaben kann die Umsetzung von Wärmenetzprojekten erheblich erleichtern und beschleunigen. Die Kommune spielt hierbei eine aktive Rolle, indem sie die planerischen und rechtlichen Voraussetzungen schafft, um die Verlegung der Netze zu ermöglichen. |
| Ziel | Unterstützung des Ausbaus und der Modernisierung von Infrastrukturen, um die Versorgungssicherheit zu erhöhen und die Integration erneuerbarer Energien zu erleichtern |
| Beitrag zur Erreichung des Zielszenarios | Ermöglicht den Ausbau von Versorgungsnetzen, was zur Erreichung von Klimazielen und zur Verbesserung der Energieeffizienz beiträgt. |
| Erforderliche Umsetzungsschritte und Meilensteine | 1. Identifikation geeigneter Flächen, insb. in den Fokusgebieten 2. Rechtliche Klärungen 3. Abstimmung mit Wärmenetzbetreiber und anderen Medienträgern 4. Planung und Genehmigung der Bauarbeiten 5. Durchführung der Bauarbeiten |
| Zeitraum | laufend |
| Zeitliche Einordnung | kurzfristig-mittelfristig |
| Kosten | variabel, je nach Kostenträgerschaft der Tiefbaumaßnahmen und Wiederherstellung |
| Rolle der Kommune | Versorgen |
| Einfluss der Kommune | hoch |
| Verantwortliche Akteure | Kommunalverwaltung, Netzbetreiber, Bauunternehmen |
| Betroffene Akteure | Eigentümer, Netzbetreiber, Projektentwickler, Wohnungswirtschaft, Industrie und Gewerbe |
| Finanzierungsmechanismen | Netzbetreiber, Förderprogramme, private Investitionen, kommunale Haushaltsmittel |
| Flankierende Aktivitäten | Öffentlichkeitsarbeit, um die Akzeptanz zu erhöhen, Koordination mit anderen Infrastrukturprojekten |

| 6S | | Stromnetzchecks |
|---|---|------------------------|
| Maßnahmenbereich | 3) Stromnetz | |
| Beschreibung | <p>Ein kontinuierlicher Austausch mit den VNB ist essenziell, um zeitliche Verzögerungen zwischen der Erhöhung des Strombedarfs und der Realisierung des Netzausbau zu vermeiden und um sicherzustellen, dass notwendige infrastrukturelle Anpassungen rechtzeitig umgesetzt werden.</p> <p>Die Maßnahme umfasst die regelmäßige Überprüfung und Bewertung der bestehenden Stromverteilnetze, um sicherzustellen, dass sie den steigenden und zunehmend schwankenden Anforderungen durch die Elektrifizierung der Wärmeversorgung, insbesondere durch den Einsatz von Wärmepumpen und die Integration dezentraler Stromerzeuger wie Photovoltaikanlagen, gerecht werden. Hierbei sollen frühzeitig Anpassungsmaßnahmen für elektrische Betriebsmittel eingeleitet werden, um Engpässe zu vermeiden und die Netzstabilität zu gewährleisten. Dies beinhaltet die Optimierung, Verstärkung und den Ausbau der Mittel- und Niederspannungsnetze durch die Verteilnetzbetreiber (VNB), die gesetzlich verpflichtet sind, ihr Netz bedarfsgerecht zu optimieren und auszubauen (§ 11 Absatz 1 EnWG).</p> | |
| Ziel | <p>Optimierung und Anpassung der Stromverteilnetze, um den steigenden Bedarf durch neue Stromverbraucher wie Wärmepumpen und Elektrofahrzeuge zu decken. Dies soll die Versorgungssicherheit gewährleisten und die Integration erneuerbarer Energien unterstützen.</p> | |
| Beitrag zur Erreichung des Zielszenarios | Stärkt die Infrastruktur für eine nachhaltige und effiziente Energieversorgung, schafft Voraussetzungen für die Dekarbonisierung des Energiesystems | |
| Erforderliche Umsetzungsschritte und Meilensteine | <ol style="list-style-type: none"> 1. Informationsbereitstellung zu geplanten Baumaßnahmen und möglichen Anschlussbegehren durch die Kommunalverwaltung 2. Nutzung des Tools SNAP – Schnelle Netzanschlussprüfung Mitnetz Strom 3. Durchführung von Netzanalysen und Identifizierung von Engpässen durch Netzbetreiber 4. Planung und Umsetzung von Netzverstärkungen und -erweiterungen 5. Integration von Steuerungstechnologien zur Optimierung des Netzbetriebs | |
| Zeitraum | laufend | |
| Zeitliche Einordnung | kurzfristig-mittelfristig | |
| Kosten | keine direkten Kosten für die Kommunalverwaltung | |
| Rolle der Kommune | Motivieren | |
| Einfluss der Kommune | mittel-hoch | |
| Verantwortliche Akteure | Stromnetzbetreiber, Kommunalverwaltung | |
| Betroffene Akteure | Verbraucher, insbesondere in Gebieten mit hoher Dichte an neuen Stromverbrauchern, wie Wärmepumpen und Elektrofahrzeugen. | |
| Finanzierungsmechanismen | staatliche Förderprogramme, Investitionen der Netzbetreiber | |
| Flankierende Aktivitäten | Öffentlichkeitsarbeit und Informationskampagnen zur Sensibilisierung der Bevölkerung, Kooperation mit anderen Infrastrukturprojekten, Monitoring und Evaluierung der Maßnahmen. | |

| 8V | Treibhausgasneutrale Wärmeversorgung kommunaler Liegenschaften inkl. Nutzung von Dachflächen |
|---|--|
| Maßnahmenbereich | 4) Gebäude & Verbraucher |
| Beschreibung | Die Integration erneuerbarer Energien und energetischer Sanierung soll fester Bestandteil der Sanierungsplanung kommunaler Liegenschaften werden. Dies umfasst die systematische Identifikation geeigneter Dachflächen sowie die Installation von Photovoltaik- und Solarthermieanlagen zur Eigenstromnutzung und Heizungsunterstützung. Dabei stehen die Reduktion fossiler Brennstoffe und die Nutzung bestehender Förderprogramme (z. B. BEG, BEW) im Fokus. Die Umsetzung soll durch die Gemeindeverwaltung initiiert und überwacht werden, unter Einbindung relevanter Akteure. Auch private Eigentümer sollen über Potenziale, Anwendungsbeispiele und Fördermöglichkeiten informiert werden, z. B. mithilfe des Solarkatasters Sachsen. |
| Ziel | Wärmeversorgung in Einklang mit dem Zielszenario bringen, das auf erneuerbaren Energien oder unvermeidbarer Abwärme basiert. |
| Beitrag zur Erreichung des Zielszenarios | Solarthermieanlagen können häufig ergänzend zu bestehenden Heizungsanlagen installiert werden und erfordern in vielen Fällen keinen größeren Sanierungsaufwand (wie Anpassung von Heizflächen, Dämmung, o.ä.). PV-Anlagen tragen zur emissionsfreien Stromversorgung bei. |
| Erforderliche Umsetzungsschritte und Meilensteine | 1. Definition von THG-Neutralitätszielen für die eigenen Liegenschaften in einer Dienstanweisung oder Klimastrategie 2. Erstellung von Sanierungsfahrplänen für Liegenschaften mit fossiler Heizung 3. Sanierung der kommunalen Liegenschaften und Ausbau von EE-Anlage 4. Zusammenstellen von Informationsangeboten für private Eigentümer |
| Zeitraum | 1-5 Jahre pro Liegenschaft je nach Komplexität |
| Zeitliche Einordnung | kurz- bis mittelfristig |
| Kosten | variabel für jede Liegenschaft zu bestimmen und abhängig von Anlagenkonzept, Förderung |
| Rolle der Kommune | Versorgen |
| Einfluss der Kommune | mittel-hoch |
| Verantwortliche Akteure | Kommunalverwaltung |
| Betroffene Akteure | Gebäudenutzer, Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen |
| Finanzierungs-mechanismen | BEW, BEG, FrL Energie- und Klima, kommunale Haushaltsmittel |
| Flankierende Aktivitäten | Entwicklung von Anreizen zur Mobilisierung von Dach- und Freiflächen zum Ausbau der erneuerbaren Energien sowie zum Aufbau von Versorgungsstrukturen in Quartieren. <u>Vermittlung von weiterführenden Beratungsangeboten wie Verbraucherzentrale</u> |

| 9V | Zusammenarbeit mit Wohnungsbaugesellschaften & -genossenschaften |
|---|---|
| Maßnahmenbereich | 4) Gebäude & Verbraucher |
| Beschreibung | Die Zusammenarbeit mit Wohnungsbaugesellschaften und -genossenschaften soll die Unternehmen motivieren, Sanierungsstrategien für große Gebäudeportfolios zu entwickeln und in deren Umsetzung zu gehen. Diese Kooperationen können durch die Nutzung serieller Sanierungsansätze und Synergien zwischen verschiedenen Akteuren effizient gestaltet. Kommunen können dabei als zentrale Anlaufstelle fungieren, um die relevanten Akteure zu vernetzen, zu informieren und zu motivieren. Die enge Zusammenarbeit kann genutzt werden, um Modellprojekte zu initiieren und entsprechende Fördermittel zu akquirieren. Durch die Einbindung in die kommunale Wärmeplanung können umfassende Sanierungsmaßnahmen koordiniert und beschleunigt werden. Diese Maßnahmen werden durch gezielte Informations- und Beratungsangebote sowie durch die Nutzung bestehender Förderprogramme unterstützt, um die finanziellen und organisatorischen Hürden für die Umsetzung zu minimieren. |
| Ziel | Entwicklung und Umsetzung von Sanierungsstrategien für große Gebäudeportfolios, um die Energieeffizienz zu steigern und den Wärmebedarf zu reduzieren. |
| Beitrag zur Erreichung des Zielszenarios | Reduktion des Wärme- bzw. Energiebedarfs in Wohngebäuden, Unterstützt die Erreichung der Klimaziele durch die Minderung von Treibhausgasemissionen |
| Erforderliche Umsetzungsschritte und Meilensteine | 1. Verfestigung und Ausbau der Kommunikation mit den Wohnungsunternehmen und Baugenossenschaften 2. Entwicklung von Sanierungsstrategien in Zusammenarbeit mit den identifizierten Akteuren 3. Umsetzung der Sanierungsmaßnahmen in den ausgewählten Gebäuden 4. Monitoring und Evaluierung der umgesetzten Maßnahmen |
| Zeitraum | 1-5 Jahre je nach Umfang der Gebiete für die serielle Sanierung |
| Zeitliche Einordnung | mittelfristig |
| Kosten | Kosten können für Maßnahmen der kommunalen Wohnungen bei der Gemeinde entstehen, sowie der Wohnungsgenossenschaft und privaten Wohnungsgesellschaften entstehen |
| Rolle der Kommune | Regulieren + Motivieren |
| Einfluss der Kommune | mittel-hoch |
| Verantwortliche Akteure | Kommunalverwaltung, Wohnungsunternehmen, Baugenossenschaften |
| Betroffene Akteure | Mieter, lokale Handwerksbetriebe |
| Finanzierungs-mechanismen | BEW, BEG, kommunale Haushaltsmittel, Contracting |
| Flankierende Aktivitäten | Entwicklung von Beratungs- und Informationsangeboten |

| 11K Ausbau von Beratungsangeboten | |
|---|--|
| Maßnahmenbereich | 5) Organisation & Kommunikation |
| Beschreibung | <p>Die Maßnahme hat zum Ziel, Strukturen innerhalb der Kommune zu etablieren und zu nutzen, um umfassende Beratungs- und Informationsangebote zur energetischer Sanierung, Energieeffizienz und energiesparendem Nutzerverhalten zu verbreiten. Dies umfasst unter anderem die Kooperation mit der Verbraucherzentrale und lokalen Energieberatern, um Bürgern, Unternehmen und auch Nutzern kommunaler Einrichtungen konkrete Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen, die im Einklang mit dem Wärmeplan stehen. Ein Fokus liegt auf der Durchführung von Vorträgen (online und in Präsenz, z.B. in den Ortsteilen), die speziell auf die Bedürfnisse von Eigentümern in Gebieten mit dezentraler Wärmeversorgung zugeschnitten sind. Diese Vorträge sollen über die Möglichkeiten der energetischen Sanierung und erneuerbaren Wärmeversorgung informieren und praktische Tipps sowie Fördermöglichkeiten aufzuzeigen. Weiterhin können Veranstaltungen oder Beratungen zur richtigen Einstellung von Heizungsanlagen oder zu energieeffizientem Nutzerverhalten durchgeführt werden.</p> |
| Ziel | Bürgerinnen und Bürgern konkrete Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen, die im Einklang mit dem Wärmeplan stehen, und über Möglichkeiten weitergehender Beratung sowie Förderangebote informieren. |
| Beitrag zur Erreichung des Zielszenarios | Bewusstsein für die Wärmewende erhöhen, Akzeptanz und Beteiligung der Bevölkerung und Unternehmen fördern |
| Erforderliche Umsetzungsschritte und Meilensteine | <ol style="list-style-type: none"> 1. Nutzung bestehender Strukturen: Die Stadt kann u.a. die Beratungs- und Informationsangebote der Verbraucherzentrale nutzen und kommunizieren 2. Schaffung neuer Strukturen: bspw. Einrichtung von Beratungszeiten durch Energieberater in den Räumlichkeiten des Rathaus 3. Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit: Bereitstellung von Informationen auf der Webseite der Kommune, durch Presse- und Social-Media-Arbeit sowie durch Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen. Transparente und kontinuierliche Kommunikation, um das Thema auf der Agenda zu halten und über den Umsetzungsstand des Wärmeplans zu informieren 4. Einbindung lokaler Akteure: Die Zusammenarbeit mit lokalen Akteuren wie EVU, Planungsbüros, Wohnungswirtschaft und anderen Interessengruppen kann die Verbreitung von Informationen unterstützen. Diese Akteure können als Multiplikatoren fungieren und ihre Netzwerke nutzen, um Informationen weiterzugeben |
| Zeitraum | laufend |
| Zeitliche Einordnung | kurzfristig-mittelfristig |
| Kosten | Kosten können variieren, abhängig von Intensität und genutzten Formaten |
| Rolle der Kommune | Motivieren |
| Einfluss der Kommune | hoch |
| Verantwortliche Akteure | Kommunalverwaltung, Verbraucherzentrale |
| Betroffene Akteure | Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen, lokale Interessengruppen |
| Finanzierungs-mechanismen | kommunale Haushaltsmittel, Landes- und Bundesmittel sowie EU-Förderungen |
| Flankierende Aktivitäten | Workshops, öffentliche Informationsveranstaltungen, Vernetzungsplattformen, Website kontinuierliche, proaktive Kommunikation der Kommune |

| 12K Veröffentlichung & Aktualisierung der Wärmeplanungsergebnisse | |
|--|--|
| Maßnahmenbereich | 5) Organisation & Kommunikation |
| Beschreibung | Durch die digitale Bereitstellung der Ergebnisse der Wärmeplanung werden diese transparent und zugänglich gemacht. Dies umfasst Informationen zu den Potenzialen erneuerbarer Energien, geplanten Maßnahmen, Gebietseinteilungen und Zeitplänen. Die Veröffentlichung soll verschiedene Akteure wie Bürger, Unternehmen und Investoren ansprechen und deren Bewusstsein für die Möglichkeiten und Vorteile der erneuerbaren Energien schärfen. Durch die gezielte Bereitstellung von Daten, Erfolgsgeschichten und Vernetzungsmöglichkeiten wird die Bereitschaft zur Investition und Nutzung erneuerbarer Energien erhöht. Die Kommune spielt hierbei eine zentrale Rolle, indem sie die Plattform pflegt und kontinuierlich aktualisiert, um die Energiewende vor Ort aktiv voranzutreiben. Eine kontinuierliche und transparente Informationspolitik zu Wärmenetzgebieten, Erschließungszeiträumen und geplanten Bauvorhaben sorgt dafür, dass Gewerbe, Haushalte und Gebäudeeigentümer in den betroffenen Gebieten rechtzeitig und umfassend informiert sind und ihre Planungen an die Wärmeplanung anpassen können. |
| Ziel | Mobilisierung von Dritten zur Erschließung der Potenziale von erneuerbaren Wärmequellen. Sicherstellung, dass Gebäudeeigentümer rechtzeitig über die Entwicklungen informiert werden, um eine reibungslose Integration der Wärmeplanung zu ermöglichen. |
| Beitrag zur Erreichung des Zielszenarios | Durch die Sichtbarmachung der Potenziale und langfristigen Entwicklungsperspektiven aus der Wärmeplanung wird das Bewusstsein für die Möglichkeiten der erneuerbaren Wärmequellen geschärft, was wiederum Investitionen und die Umsetzung entsprechender Projekte anregen kann und Planungssicherheit schafft. |
| Erforderliche Umsetzungsschritte und Meilensteine | <ol style="list-style-type: none"> 1. Aufbereitung der Daten: Die Datenbank der Wärmeplanung ist ggf. zu aktualisieren und für die Veröffentlichung zu bereinigen 2. Entwicklung einer digitalen Karte: Integration verschiedener Daten aus Bestandsanalyse, Potenzialanalyse und Gebietseinteilungen 3. Veröffentlichung im Internet: Veröffentlichung des beschlossenen Wärmeplans und des Konzeptes im Internet 4. Regelmäßige Aktualisierung und Monitoring: Kontinuierliche Aktualisierung und Veröffentlichung von Informationen wie Maßnahmenstände und erreichte Ergebnisse 5. Durchführung von Informationsveranstaltungen, Workshops oder Austauschformaten mit den Bürgern (bspw. bei konkreten Bauvorhaben) |
| Zeitraum | laufend |
| Zeitliche Einordnung | kurzfristig |
| Kosten | keine direkten Kosten für die Kommunalverwaltung |
| Rolle der Kommune | Motivieren |
| Einfluss der Kommune | hoch |
| Verantwortliche Akteure | Kommunalverwaltung |
| Betroffene Akteure | Eigentümer, Netzbetreiber, Projektentwickler, Industrie und Gewerbe, Gebäudeeigentümer / Wohnungswirtschaft, Bürgerinnen und Bürger |
| Finanzierungs-mechanismen | |
| Flankierende Aktivitäten | Integration in bestehende Informations- und Beratungsangebote, Nutzung von digitalen Plattformen und sozialen Medien zur Verbreitung der Informationen. |

| 13K Genehmigungsprozesse unterstützen, vereinfachen, beschleunigen | |
|---|--|
| Maßnahmenbereich | 5) Organisation & Kommunikation |
| Beschreibung | Die Umsetzung der Kommunalen Wärmeplanung wird seitens der Kommune im Rahmen ihrer Möglichkeiten unterstützt. Dazu gehört, dass die Kommune einerseits ihre Vorstellungen hinsichtlich der Vereinfachung von Genehmigungsverfahren gegenüber übergeordneten Ebenen vertritt und eine enge Zusammenarbeit mit den beteiligten und relevanten Akteuren und Behörden sucht. Die Bereitstellung von Praxisleitfäden für Investoren, Genehmigungsbehörden und Planer kann Best-Practice-Erfahrungen zugänglich machen und den Ablauf von Genehmigungs- und Planungsprozessen effizienter gestalten. |
| Ziel | Beschleunigung von Genehmigungsprozessen von Anlagen zur erneuerbaren Energieerzeugung, um den Ausbau erneuerbarer Energien zu fördern. |
| Beitrag zur Erreichung des Zielszenarios | Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien im Energiemix, Erreichung der Klimaziele durch die schnelle Umsetzung von Projekten. |
| Erforderliche Umsetzungsschritte und Meilensteine | 1. Analyse der bestehenden Genehmigungsverfahren und Identifikation von Engpässen 2. Entwicklung von Vorschlägen zur Vereinfachung und Digitalisierung von Prozessen 3. Implementierung der vereinfachten Verfahren in Zusammenarbeit mit den zuständigen Ämtern in der Verwaltung und ggf. weiteren Behörden 4. Regelmäßige Überprüfung und Anpassung der Verfahren |
| Zeitraum | laufend |
| Zeitliche Einordnung | kurzfristig-mittelfristig |
| Kosten | keine direkten Kosten für die Kommunalverwaltung |
| Rolle der Kommune | Regulieren |
| Einfluss der Kommune | mittel |
| Verantwortliche Akteure | Kommunale Planungs- und Genehmigungsbehörden, Behörden auf Kreis- und Landesebene |
| Betroffene Akteure | Projektentwickler im Bereich erneuerbare Energien, Netzbetreiber, Anwohner und lokale Gemeinschaften |
| Finanzierungs-mechanismen | |
| Flankierende Aktivitäten | Interkommunaler Austausch für Best Practices, regelmäßige Workshops und Informationsveranstaltungen für Akteure, Schulungen für Mitarbeiter der Genehmigungsbehörden |

| 15V Integration von grünem Wasserstoff in die Wärmeversorgung | |
|--|--|
| Maßnahmenbereich | 6) Verstetigung und Fortschreibung |
| Beschreibung | Die Maßnahmen zur Wasserstoffversorgung umfassen die Prüfung und Identifizierung geeigneter Anwendungsfälle sowie Standorte. Es erfolgt eine kontinuierliche Evaluation der Entwicklungen im Energiesektor in Bezug auf Wasserstoffpotenziale. Der Wärmeplan wird bedarfsgerecht angepasst, während die perspektivische Umstellung von Gas- auf Wasserstoffversorgung gemäß den Vorgaben der BNetzA weiterverfolgt und bei Eignung implementiert wird. |
| Ziel | Wasserstoff realistisch entsprechend der Randbedingungen und gesetzlichen Vorgaben im Wärmeplan abbilden und Entwicklung unterstützen |
| Beitrag zur Erreichung des Zielszenarios | Grüner Wasserstoff kann als Ersatz von Erdgas zur THG-Reduktion beitragen |
| Erforderliche Umsetzungsschritte und Meilensteine | 1. Regelmäßige Überprüfung der Gesetzgebungsverfahren zu Transformationsplanungen etc. 2. Rücksprache mit den betroffenen Akteuren 3. Bei Bedarf Anpassung Wärmeplanung |
| Zeitraum | |
| Zeitliche Einordnung | mittel- bis langfristig |
| Kosten | |
| Rolle der Kommune | Regulierung |
| Einfluss der Kommune | mittel |
| Verantwortliche Akteure | Netzbetreiber, Kommunalverwaltung |
| Betroffene Akteure | Bürgerinnen und Bürger, lokale Netzbetreiber, Unternehmen |
| Finanzierungs-mechanismen | |
| Flankierende Aktivitäten | Evaluation der Entwicklungen im Energiesektor und der Gesetzgebung |

17V**Laufende Abstimmung mit den Netzbetreibergesellschaften**

| | |
|---|--|
| Maßnahmenbereich | 6) Verfestigung und Fortschreibung |
| Beschreibung | Die Maßnahme hat zum Ziel, die strategische Ausrichtung und geplante Projekte von Wärme-, Gas- und Stromnetzbetreibern mit der kommunalen Wärmeplanung in Einklang zu bringen. Dies kann durch die Nutzung von Eigentumsanteilen der Kommune an diesen Unternehmen oder über Regelungen in den Konzessionsverträgen geschehen, um deren Unternehmensstrategien zu beeinflussen. Zudem sollen Netzbetreiber aktiv in die Wärmeplanung eingebunden werden, indem sie wichtige Daten für die Bestandsanalyse bereitstellen und an der Diskussion über momentane Engpässe und zukünftige Bedarfe teilnehmen. Die Netzbetreiber sind verpflichtet, ihre Netze bedarfsgerecht zu optimieren, zu verstärken und auszubauen, was insbesondere durch den Zubau von Wärmepumpen und die Elektrifizierung der Prozesswärme notwendig wird. Ein iterativer Prozess zwischen der Kommune und den Netzbetreibern soll sicherstellen, dass die geplanten Maßnahmen und zeitlichen Planungen zum Ausbau und zur Dekarbonisierung der Netze im Einklang mit den Zielen der Wärmeplanung stehen. |
| Ziel | Sicherstellung, dass Strategien und Projekte der Netzbetreiber mit den Zielen des kommunalen Wärmeplans übereinstimmen, um eine kohärente und effiziente Umsetzung der Wärmewende zu gewährleisten. |
| Beitrag zur Erreichung des Zielszenarios | Verbesserung der Koordination zwischen der Kommune und den Netzbetreibern, was zu einer optimierten Nutzung der vorhandenen Infrastruktur und einer beschleunigten Integration erneuerbarer Energien führt. |
| Erforderliche Umsetzungsschritte und Meilensteine | 1. Identifikation der Ansprechpersonen bei den relevanten Netzbetreibern und der aktuellen Unternehmensstrategien. 2. Durchführung von Konsultationen und Workshops zur Abstimmung der Strategien. 3. Entwicklung von Kooperationsvereinbarungen oder Absichtserklärungen. 4. Regelmäßige Überprüfung und Anpassung der Strategien in Zusammenarbeit mit den Netzbetreibern |
| Zeitraum | Initiierung innerhalb von 1-3 Jahren nach der Wärmeplanung, kontinuierlichen Überprüfung und Anpassung alle 2-3 Jahre |
| Zeitliche Einordnung | mittelfristig |
| Kosten | keine direkten Kosten |
| Rolle der Kommune | Versorgen |
| Einfluss der Kommune | mittel, je nach Beteiligungsgrad |
| Verantwortliche Akteure | Kommunalverwaltung, Netzbetreiber Strom, Gas und Wärme |
| Betroffene Akteure | Netzbetreiber, Anschlussnehmer in der Kommune |
| Finanzierungs-mechanismen | |
| Flankierende Aktivitäten | Öffentlichkeitsarbeit zur Sensibilisierung der Bürgerinnen und Bürger, Aufbau von Plattformen für den Austausch zwischen Kommune, Netzbetreibern und anderen relevanten Akteuren |

| 18V | Berücksichtigung der Wärmeplanungsergebnisse, insbesondere der Gebietseinteilung in der Bauleitplanung & weiteren Fachplanungen |
|---|--|
| Maßnahmenbereich | 6) Verfestigung und Fortschreibung |
| Beschreibung | Berücksichtigung der Wärmeplanungsergebnisse bei der Fortschreibung und Aktualisierung des Flächennutzungsplans, bei der Aufstellung von Bebauungsplänen sowie weiteren städtischen Fachplanungen und Konzepten. Die Berücksichtigung der Gebietseinteilung ist dabei ein zentraler Schritt, um sicherzustellen, dass unterschiedliche Wärmeversorgungsbedarfe und -möglichkeiten innerhalb eines beplanten Gebiets gezielt in die Planung und Umsetzung von Maßnahmen einfließen. Diese Einteilung ist insbesondere bei der möglichen Ausweisung von Wärme- oder Wasserstoffnetzgebieten sowie bei Neubau- und Sanierungsvorhaben zu beachten und mit relevanten Akteuren abzustimmen. |
| Ziel | Beschreibung und Sicherstellung der langfristigen Entwicklung hin zu einer auf erneuerbaren Energien oder unvermeidbarer Abwärme beruhenden Wärmeversorgung. |
| Beitrag zur Erreichung des Zielszenarios | Sicherstellung, dass weitere Planungen mit den Zielen der Wärmeplanung in Einklang stehen und Reduzierung der Treibhausgasemissionen und Unterstützung bei der Umstellung auf erneuerbare Energien. |
| Erforderliche Umsetzungsschritte und Meilensteine | <ol style="list-style-type: none"> 1. Analyse der Wärmeplanungsergebnisse: Überprüfung der aktuellen Wärmeplanungsergebnisse und Gebietseinteilungen sowie deren Relevanz für die Bauleitplanung. 2. Integration in die Fortschreibung bzw. Erstellung von Fachplanungen: ggf. Anpassung von Flächeneinordnung und Wärmeversorgungsoptionen, um die identifizierten Wärmeversorgungsgebiete zu berücksichtigen, insbesondere für Neubaugebiete und Sanierungsvorhaben. 3. Konsultation und Abstimmung: mit relevanten internen und externen Akteuren sowie Behörden, um Integration in weitere Planungsprozesse abzustimmen 4. Umsetzung der geplanten Versorgungslösungen während der Erschließung 5. Veröffentlichung und Kommunikation: Veröffentlichung der aktualisierten Pläne, Kommunikation Änderungen 6. Monitoring und Anpassung: bei Bedarf |
| Zeitraum | laufend |
| Zeitliche Einordnung | kurz- bis langfristig |
| Kosten | Planungs- und Verwaltungskosten, variieren je nach Umfang und Komplexität der erforderlichen Anpassungen |
| Rolle der Kommune | Regulieren |
| Einfluss der Kommune | hoch |
| Verantwortliche Akteure | Kommunalverwaltung |
| Betroffene Akteure | Eigentümer, Netzbetreiber, Projektentwickler, Wohnungswirtschaft, Industrie und Gewerbe, Netzbetreiber |
| Finanzierungs-mechanismen | kommunale Haushaltsmittel, Förderprogramme von Bund und Ländern |
| Flankierende Aktivitäten | Entwicklung eines akteursübergreifenden und umsetzungsbegleitenden Kommunikations- und Beteiligungskonzepts |

| 19V | Hauptverantwortliche Person definieren, regelmäßige Treffen/Austausch mit relevanten Akteuren gem. WPG |
|---|---|
| Maßnahmenbereich | 6) Verstetigung und Fortschreibung |
| Beschreibung | <p>Die Maßnahme zielt darauf ab, die etablierten Kommunikations- und Kooperationsstrukturen auch nach Abschluss der initialen Wärmeplanungsphase aufrechtzuerhalten. Essenziell ist die klare Definition einer hauptverantwortlichen Person in der Verwaltung, welche die notwendige Zeit und Mittel für die verstetigte Kommunikation bereitgestellt bekommt.</p> <p>Weiterhin hat sich das Format der Steuerungsgruppensitzungen inkl. externer Moderation bewährt und sollte fortgeführt oder in bestehende Formate integriert werden. Hierbei sollen der Fortschritt der Maßnahmenumsetzung überwacht und neue Erkenntnisse ausgetauscht werden.</p> <p>Um die strategische Ausrichtung und geplante Projekte von Wärme-, Gas- und Stromnetzbetreibern mit der kommunalen Wärmeplanung in Einklang zu bringen, sollen einmal jährlich Statusgespräche zwischen den genannten Akteuren stattfinden. Netzbetreiber sollen fortlaufend in die Wärmeplanung eingebunden werden, indem sie wichtige Daten für die Bestandsanalyse bereitstellen und an der Diskussion über momentane Engpässe und zukünftige Bedarfe teilnehmen. Sie sind verpflichtet, ihre Netze bedarfsgerecht zu optimieren, zu verstärken und auszubauen.</p> |
| Ziel | Verbesserung der Koordination und des Informationsaustauschs zwischen Akteuren. Sicherstellung, dass Strategien und Projekte der Netzbetreiber mit den Zielen des kommunalen Wärmeplans übereinstimmen, um eine kohärente und effiziente Umsetzung der Wärmewende zu gewährleisten. |
| Beitrag zur Erreichung des Zielszenarios | Sicherstellung, dass alle Beteiligten über die notwendigen Informationen verfügen und effektiv zusammenarbeiten können, was zu einer optimierten Nutzung vorhandener Infrastruktur und einer beschleunigten Integration erneuerbarer Energien führt. |
| Erforderliche Umsetzungsschritte und Meilensteine | <ol style="list-style-type: none"> 1. Hauptverantwortliche Person in Kommune festlegen, Stellenanteile schaffen bzw. Stellenbeschreibung anpassen 2. Benennung der einzubeziehenden Akteure, Identifikation der Ansprechpersonen und der aktuellen Unternehmensstrategien 3. Organisation von regelmäßigen und anlassbezogenen Treffen 4. Erstellung einer Dienstanweisung Wärmeplanung, damit Ergebnisse der Wärmeplanung Berücksichtigung finden 5. Entwicklung von Kooperationsvereinbarungen oder Absichtserklärungen. 6. Regelmäßige Überprüfung und Anpassung der Strategien in Zusammenarbeit mit den Netzbetreibern und Energieversorgern |
| Zeitraum | laufend |
| Zeitliche Einordnung | kurzfristig |
| Kosten | ggf. Kosten für externe Beratung, sofern notwendig |
| Rolle der Kommune | Regulieren + Motivieren |
| Einfluss der Kommune | hoch |
| Verantwortliche Akteure | Kommunalverwaltung |
| Betroffene Akteure | Netzbetreiber, Wohnungswirtschaft, Industrie und Gewerbe |
| Finanzierungs-mechanismen | kommunale Haushaltsmittel, ggf. FrL Energie- und Klima, Modul 3, FöGe 1.2. |
| Flankierende Aktivitäten | Integration in bestehende Informations- und Beratungsangebote, Nutzung von digitalen Plattformen und sozialen Medien zur Verbreitung der Informationen. |

| 20V | Fortlaufende Kommunikation zum Netzausbau (Strom, Wärmenetz) |
|---|---|
| Maßnahmenbereich | 6) Verstetigung und Fortschreibung |
| Beschreibung | <p>Die Maßnahme zielt darauf ab, eine kontinuierliche und transparente Informationspolitik sicherzustellen:</p> <ul style="list-style-type: none"> -- zu Wärmenetzgebieten und den entsprechenden Erschließungszeiträumen (regelmäßige Bereitstellung von Informationen über den aktuellen Stand der Erschließung, geplante Bauvorhaben und Zeitpläne, um sicherzustellen, dass Gewerbe, Haushalte und Gebäudeeigentümerinnen in den betroffenen Gebieten rechtzeitig und umfassend informiert sind) -- zum Stromnetzausbau <p>Die Kommunikation sollte über verschiedene Kanäle wie lokale Medien, Informationsveranstaltungen, Newsletter und Online-Plattformen erfolgen, um eine breite Erreichbarkeit zu gewährleisten. GIS-gestützte Daten- und Informationsportale, Öffentliche Informationsveranstaltungen, Infozentren und Workshops können genutzt werden, um Transparenz zu schaffen und die Bürgerinnen und Bürger zu sensibilisieren und Ausbauzeiträume und Anschlussmöglichkeiten bekannt zu machen.</p> <p>Zudem ist es wichtig, die Bürgerinnen aktiv in den Prozess einzubeziehen, um deren Akzeptanz und Beteiligung zu fördern. Durch diese fortlaufende Kommunikation wird sichergestellt, dass alle relevanten Akteure stets auf dem neuesten Stand sind und ihre Planungen entsprechend anpassen können.</p> |
| Ziel | Sicherstellung, dass Gebäudeeigentümer und andere relevante Akteure rechtzeitig über die Entwicklungen informiert werden, um eine reibungslose Integration in die Wärmenetzplanung zu ermöglichen. |
| Beitrag zur Erreichung des Zielszenarios | Diese Maßnahme trägt zur Sensibilisierung und Information der Bürger bei, was die Akzeptanz und Beteiligung an der Wärmewende fördert. |
| Erforderliche Umsetzungsschritte und Meilensteine | <ol style="list-style-type: none"> 1. Entwicklung eines Kommunikationskonzepts 2. Regelmäßige Aktualisierung und Veröffentlichung von Informationen 3. Durchführung von Informationsveranstaltungen und Workshops 4. Etablierung von Austauschformaten mit den Bürgern |
| Zeitraum | laufend |
| Zeitliche Einordnung | kurzfristig-langfristig |
| Kosten | Kosten können variieren, abhängig von der Intensität und den genutzten Kommunikationskanälen |
| Rolle der Kommune | Motivieren |
| Einfluss der Kommune | hoch |
| Verantwortliche Akteure | Kommunalverwaltung, Netzbetreiber, Bauunternehmen |
| Betroffene Akteure | Gebäudeeigentümer, potenzielle Wärmenetzbetreiber, Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen in den betroffenen Gebieten |
| Finanzierungsmechanismen | kommunale Haushaltsmittel und Förderprogramme zur Unterstützung der Wärmewende (bspw. BEW) |
| Flankierende Aktivitäten | Integration in bestehende Informations- und Beratungsangebote, Nutzung von digitalen Plattformen und sozialen Medien zur Verbreitung der Informationen. |